

Josef Frey - Materialien - KPÖ - innerparteiliche Dokumente - Mai bis Juni 1923

12 Dokumente, 19 Seiten, Faksimile

Die hier zusammengestellten Dokumente umfassen den Zeitraum nach dem Wiener Landesparteitag (14./15. April 1923) und befassen sich u.a. mit dessen Nachwirkungen im Mai und Juni 1923. Am VI. Parteitag hatte eine heterogenen Gruppe um Franz Koritschner und Karl Tomann eine Mehrheit erreicht, die Strömung um Josef Frey verlor ihre bisherige Majorität – Josef Frey wurde nicht einmal mehr in den Parteivorstand gewählt.

Unter diesen Voraussetzungen waren die fraktionellen Auseinandersetzungen nicht zu beenden. Vor diesem Hintergrund entschied sich auch das Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI), die Situation auf die Tagesordnung seiner 3. Sitzung (12.-23. Juni 1923) zu setzen.

Manfred Scharinger, 18.6.2026

KPÖ - innerparteiliche Dokumente - Mai bis Juni 1923

Nr.	Autor/innen	Dokument	Zeit	Seiten
1	Wilhelm Paukert	Brief an Josef Frey [mit Eingangsstempel 20.5.1923]	[Anfang Mai 1923]	1
2	Paul Friedländer	Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale	[o.D., ca. Mai 1923]	1
3	KPÖ - Landstraße [Minderheitsfraktion]	Bericht über die Fraktionssitzung der Fraktion KPÖ - Landstraße	10.5.1923	1
4	Ferdiny Fritz	Brief an Josef Frey	11.5.1923	1
5	KPÖ - Lokalorganisation Grünbach am Schneeberg	Brief für die Lokalorganisation Grünbach an das I.P.K. der Bergarbeiter [...] in Moskau	11.5.1923	1
6	Alois Donauer	Brief an Josef Frey [beschädigt]	17.5.1923	1
7	xxx	Brief an Karl Daniel	[ca. Mai 1923]	1
8	Josef Frey	Brief an Stephan Ehn	[ca. Mai 1923]	2
9	Elise Huneike	Brief an Josef Frey	5.6.1923	2
10	KPÖ - Sekretär des Arbeitskomitees der Soldatengruppe	Brief an den Parteivorstand der KPÖ	21.6.1923	4
11	KPÖ - Soldatengruppe	Brief an das Erweiterte Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale	22.6.1923	2

12	Delegierter bei der erweiterten Exekutive bei der Komin-tern	Brief an xxx	29.6.1923	2
				19

Wertes Genoss .

Ich ersuche Dich Donnerstag den 10. Mai 1923
präzise halb sieben Uhr abends zu einer ausserst wichtigen
Besprechung im VII. Bezirk Dietrichgasse Nr. 24 II. Stk. Tür 9
zuverlässlich zu erscheinen.

Mit K.P. Grues

Wilhelm Faulstich.

Wien 20. Mai 1923

ME 248.



Joseph Frey

Staden

Ms. Friedländer, K.P.O.

An das Exekutivkomitee der Komintern

Moskau

Werte Genossen!

Wie mir im P.V. ^{der K.P.O.} zur Kenntnis gebracht wurde, hat das Präsidium des P.V. oder richtiger Tomann, da die beiden übrigen Präsidiumsmitglieder abwesend waren, als Replik auf mein letztes Schreiben, eine von den infamsten Beschimpfungen meiner Person strotzende Zuschrift, die sogar aus meiner Erbsenkung ein Verbrechen machen will, an die Exekutive der Komintern gesandt. Dieses Schreiben richtet sich von selbst. Ich ahnte demgegenüber das in meinem Schreiben festgelegte aufrecht, und bin bereitfalls notwendig es zu beweisen.

Eine besonders infame Lüge Tomann's muss ich allerdings festsetzen: Von meiner "Rechtseinstellung" in Bezug auf die Wahlen. Das ist eine Finte Tomann's um meine Stellungnahme ins falsche Licht zu rücken. Ich habe vor allem gedrängt, dass der P.V. sich entscheiden soll, ob, in Verfolgung der Taktik der Einheitsfront, an die S.P. ein "einzig Angebot" mit Bedingungen zwecks gemeinsamer Liste zu richten sei. Diese Bedingungen dürften keineswegs opportunistisch sein, wie es ein Teil der Fraktionsgenossen des Gen. Tomann's will. Ich halte es auch für absolut ausgeschlossen, dass die S.P. darauf eingeht. Damit stellt sich also intern gesprochen -- ein solches Angebot als ~~politisch~~ taktischer Zug heraus, um für die Wahlen eine geeignete Plattform zu finden.

Dies meine Anschauung. Daran ist zu ersehen, wie infam es seitens Tomann's und seiner Freunde ist, mir eine opportunistische oder gar liquidatorische Tendenz anzudichten, wie dies aber für ~~Polzer, Pöblak~~ Polzer, Pöblak, also Tomanniten, zutrifft. Tomann macht meiner Meinung nach nach Manöver aus rein persönlicher Motiven, insbesondere auch wegen der Kandidaturen zu den Nationalratswahlen, wie mir scheint.

Jedenfalls ist ein solches Vorgehen Tomann's nur geeignet, das gegenseitige kolossale Misstrauen innerhalb der K.P.O., zu ~~verschärfen~~ verschärfen.

Mit kommunistischem Grusse

Paul Friedländer

Wien, den 10. Mai 1923.

Bericht über die Fraktionssitzung der Fraktion Landstrasse.

Gen. Paukert eröffnet um 7 Uhr abends die Sitzung. Er erklärt zu Beginn seines Referates, das zirka bis 8 Uhr dauerte, dass er die Sitzung nicht als Person Paukert inszeniert habe, sondern ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ mit Wissen des Parteiverstandes und als dessen Mitglied. Seiner langen Rede kurzer Sinn war neben einem Rückblick auf die politische Lage eine Kritik der Taktik des Gen. Frey. Uebergehend auf die Lokalorganisation Landstrasse erklärte er, dass auch wir das verspüren in der Person des Gen. Stift. Er schilderte Gen. Stift mit Absicht als einen Revolutionär und verlässlichen Genossen, der ganz wie er meint unbewusst die Person des Gen. Frey verteidigt.

In der Debatte meldeten sich von 16 anwesenden Genossen 4 zum Wort. Gen. Renner (Obmann) und Christin (Stellvertreter) hatten sich persönlich entschuldigt, denn andere Genossen schriftlich.

In der Debatte sprach als erster Genosse Kämpf (Ausschuss) Er geisselte vor allem die Loyalität gegenüber dem Gen. rStift.

Dann sprach Gen. Schuga (Ausschuss). Er unterstreicht die Ausführungen der Vorredner, meint aber, dass Stift nicht unbewusst, sondern bewusst im Sinne Frey Politik mache, da er jede pedehliche Arbeit auf der Landstrasse hindere.

Gen. Mönch führte nichts Nennenswertes aus.

Als letzter Debattenredner sprach Gen. Prosau: Recht geschieht Euch, ein paar Ohrfeigen sollte man Euch noch herunter hauen. Mich als braven Genossen habt Ihr hinausgeschmissen und den Stift habt Ihr hineingewählt.

Paukert, Schlusswort: Die Tätigkeit des Gen. Stift soll der nächsten Mitgliederversammlung bekanntgegeben werden, damit diese entscheide, ob er als Ausschussmitglied oder irgend ein Ressortleiter noch in Betracht komme. Falls die Mitglieder dies nicht zur Kenntnis nehmen, so wird der ganze Ausschuss demissionieren.

Um 3/4 9 Uhr abend wird die Sitzung geschlossen.

Originalbericht eines Genossen XXX welcher der Sitzung beiwohnte.

Wien 11/II 23

Lieber Gen. Fr.!

Im guten Glauben dich noch in Wien anzutreffen
und mit dir noch vor meiner Abfahrt nach Moskau
zusprechen, wozu müsste ich in Befehring bringen dass
du lieber Gen. bereits auf der Reise bist, und bin
leider mir in der Lage sich auf diese Weise zu
grüssen. Hoffen dass du die Möglichkeit haben
wirst, bald einen guten Erfolg bald wieder bei
uns in unser Mitte zu sein.

Den besten Erfolg wünscht Dir,

dein Königliche
Fürstliche

Wester Gen. Voe

Tgb. Nr. 5412	Nr.
Eingegangen	
15. MAI 1923	
Abteilung	
Briedigt	

perinbach am 11. Mai 1923.

Wir bitten den gesamten Inhalt "unseres
 Briefes falls Gen. Every noch anwesend sein
 sollte, im Falle er schon mehr Chorkom abgereicht
 hätte, wie den Inhalt schleimert nach
 Chorkom noch senden zu wollen -

Chor Chorkom Gen

5410	R
14. MAI 1923	

[Handwritten signature]
[Circular stamp]
[Handwritten signature]

Lieber Genosse Frey

Paul lässt sich entschuldigen, er ist diesmal verhindert Dir einen Bericht zu senden. Mit der nächsten Post wird er es nachgeholt haben.

Für die Wahlen ist von Seiten des P.V. noch nichts entschieden. Ich denke dass man sich noch nicht darüber einig ist, ob und wann an die S.P. wegen ganz gekoppeltes Listen herangetreten soll.

Am Montag, den 22. soll Wiener Vertrauensmännerkonferenz sein. Bis heute, Donnerstag, d. 17. ist in der R.F. keine Anzeige. Wertheim sagt mir in Meidling dass das Lokal für dieselbe noch nicht gesichert sei. Das kann aber der Grund nicht sein. So können eine Reihe von Organisationen ihre Genossen nicht mehr am Gruppenabend aufmerksam machen. Der Zweck der Übung ist sehr durchsichtig.

D. aus Graz sandte Dir zwei Briefe, die Dich nicht mehr erreichten. Er hat in Obersteiermark viel zu tun und wurde von Kapfenberg als Referent angefordert. D wurde im Dezember aus dem Metallarbeiterverbande wegen Schädigung des Ansehens dieses Verbandes ausgeschlossen. Die R.F. hat sich nur geäußert zum Antrag der Gräzer Bezirksleitung auf Ausschluss, als in der Verband tatsächlich ausschloss, schweig sie. Hescheks Ausschleus aus dem Verband der Bauarbeiter wurde entsprechend gebrandmarkt, bei D. schweigt man!

Dieser Tage ist an alle Lokalorganisationen ein Rundschreiben ergangen, in welchem davor gewarnt wird, die Krise "ausser Acht zu lassen" und welches sich besonders gegen Fraktionsbildungen wendet. Wise uns geht dieses Rundschreiben nichts an, da, wie ja jedes Parteimitglied weiss, die Fraktionen gerade auf der anderen Seite ihr dunkles und zweifelhaftes Dasein fristen. Ueber Hietzing weisst Du ja genug. Es dürfts Dir aber nicht bekannt sein, dass ein Mitglied des selben P.V. der so kategorisch jede Fraktionsbildung- und mit Recht-untersagt, in seinem Bezirke eine Fraktion gebildet hat. Es ist dies Gen. Paulert. Eine Einladung zu einer solchen Fraktionsitzung liegt bei, ebenfalls die steno-graphische Abschrift eines Berichtes aus dieser Sitzung. Kann ein solcher P.V. ernst genommen werden? Sind Fraktionen nur dann erlaubt, wenn sie von Mitgliedern des P.V. geschaffen und geleitet werden?

Für heute genug. Sollte es zur Vertrauensmännerkonferenz am Dienstag kommen, so werden wir inach an Handbeweisen zeigen können wer die Organisation unterwühlt.

Bekommst Du die Zeitungen zugesandt? Ich weiss nicht ob Paul es veranlasst hat, er sagte zwar Du bekommst sie von Senke, ich konnte aber mit diesem nicht sprechen.

Nachdem die Sitzung vertagt wurde, werden wir Dich ziemlich ziemlich lange nicht bei uns sehen. K. und L. sind noch hier.

Viel Grüsse von unseren Genossen in der Lokalorg. und einer Reihe von anderen Gen. welche sich alle nach Dir erkundigt haben, besonders aber von diesem

Wien, 27. 5. 23.

Abrahamson

Lieber Genosse Daniel!

Genosse Frey ist am Donnerstag den 10. nach Wien abgereist und deine beiden Briefe haben ihn daher nicht mehr erreicht. Ich werde Frey über den Inhalt berichten, sollte es möglich sein, ihm dieselben nachsenden.

Dass du in Obersteiermark Bresche geschlagen hast, ist ein ungeheures Verbrechen. Ich glaube du mußt deine Hauptarbeit vorlegen. Dass dein Ausschluss aus der Gewerkschaft so übergegangen wird ist eine Gemeinheit. Als Moschek ausgeschlossen wurde, da haben sie rote Fahne und roten Gewerkschafter spaltenlang damit ausgefüllt, wegen nichts einzuwenden ist, und aber, wo es Dir passiert schweigen sie. Das beweist, dass sie durchaus fraktionär eingestellt sind.

Es soll in den nächsten Tagen ein Rundschreiben an alle Lokalorganisationen ergehen, in welchem unter anderem auch aufgefordert wird, den Parteistreit ruhen zu lassen, und die Aufforderung der Internationale an den Parteitag, jede Fraktionstätigkeit einzustellen zu befolgen. Uns kann das nicht angehen, denn wir niemals mit Fraktionen gearbeitet haben, sondern es trifft vielmehr sie, die vor dem Parteitag, nachher und auch heute noch Fraktionen in verschiedenen Lokalorganisationen Wiens und wahrscheinlich auch in der Provinz unterhalten. In der Lokalorganisation Wien 13 wurde eine Fraktion in während der Sitzung ertappt. Diese war vor dem Landesparteitag. Wir haben diese Methoden dort gebrandmarkt. Die Fraktionen aber arbeitet aber noch immer und unterwühlt eine der aktivsten Lokalorganisationen. Ein Protokoll einer dieser Fraktionssitzungen ist in unseren Händen. - Dasselbe gilt von der Lokalorganisation Wien-Landstrasse. Dort hat das Parteivorstandsmitglied Paukert in seiner Wohnung eine Fraktionssitzung einberufen, an der 16 Genossen teilnahmen, welche sich zur Aufgabe gestellt hatte, die Opposition der "Frey-Anhänger" abzuwürgen. Paukert hat in dieser Sitzung erklärt, dass er sie im Namen des Parteivorstandes einberufen habe. Das sagt genug! Mit Wissen des P.V. werden Fraktionssitzungen einberufen! Und dieser P.V. warnt vor Fraktionen!

Die Linzer Genossen sind wie du wissen wirst wirklich suspendiert worden. Sie werden aber deswegen ihren Standpunkt nicht preisgeben.

In Wien haueieren sie jetzt damit, dass sich Frey von Referieren drücke, weil er wie sie es wünschten, nicht am 1. Mai in Klagenfurt gesprochen hat. Du kennst die Sache ja und es ist nicht notwendig darüber ein Wort mehr zu verlieren.

Sollte sich etwas besonderes in Graz ereignen, so schreibe. Ich werde es Josef berichten. Von mir wirst du ebenfalls immer vom Notwendigsten unterrichtet werden.

Ich hoffe bald etwas von Dir zu sehen und bleibe mit

kommunistischem Gruss

Lieber Genosse Ehm

Dass an der Behauptung Tomans, ich hätte mir jeden Tag Morgens die Sekretäre antreten lassen nicht ein Wort wahr ist, brauch ich Dir wohl nicht erst zu versichern.

Was nun die Frage der Demonstration betrifft so folgendes: Am 26. 4. (also nach dem Parteitag) war die Demonstration der Arbeitslosen vor dem Parlament, bei welcher die Polizei mit gezogenem Säbel vorging und die berittene Wache mehrere Attacken ritt. Ich war vom Anfang bis zum Ende dabei. Vom Parteiverstand war niemand da. Das war sicher ein Fehler, ich könnte nun den Spiess umdrehen und sagen: Seht wie sie sich drücken, wenn es brenzlich wird, dann kommen sie nicht. Ich tue dies nicht, ich bin dieser Ansicht: Wenn die Masse aufmarschiert, muss ein Teil der Leitung der Partei dabei sein. Aber wo sich diese Genossen aufstellen, das ist eine reine Zweckmässigkeitsfrage. Ich bin bei der Aktion gegen den Genfer Vertrag mit an der Spitze marschiert, bei der Arbeitslosenaktion am 10./12. sind Tomans und Keritschener an der Spitze des Zuges marschiert. Das war entgegen der Auffassung des P.V., weil wir wollten, dass ausserlich die Aktion vom Zentralarbeitslosenkomitee geführt erscheint, während die Partei sie nur unterstützt. Auch andererseits rechneten wir damals damit, dass bei einem ersten Ereignis die Partei sofort in die Illegalität geworfen werden könnte. Und deshalb wurde vereinbart, dass wir uns entlang des Zuges an verschiedenen Punkten verteilen und uns nötigen Falls sofort an einem vorher bestimmten Punkt in der Nähe zusammenfinden, um sofort politisch und organisatorisch neue Direktiven geben zu können. Das alles wurde im P.V. eingehend besprochen. Nachher hat Tomans und Keritschener die Sache dann nicht gehalten, sondern haben hauptsächlich um Personalreklame für sich zu machen, die Spitze des Zuges eingeschwenkt. Nun haben sie den Spiess umgedreht und neben anderen Lügen erzählt, Frey habe sich seitab aufgestellt -- weil er sich fürchtet bei einer Demonstration an der Spitze zu marschieren. Die sozialdemokratischen Führer sind jahrzehntlang an der Spitze von Demonstrationen marschiert und doch ist nicht einem einzigen sozialdemokratischen Führer das geringste geschehen. Und die S.P. Führer sind wie Gott keine persönlichen Helden. In der Tat, es gehört nicht der geringste Heldennut dazu, an der Spitze einer Demonstration zu marschieren. Wohl aber gehört eine gewaltige Portion ungläubliche Demagogie dazu, die Dinge so zu verdrehen, wie es Tomans und Keritschener tun.

Nun zu den Linzer Genossen. Was den Lambacher Fall betrifft so bist Du im Irrtum. Nicht darauf kommt es an, dass die Linzer formell nicht eingeladen waren. Sie sind nach Lambach gekommen, und die Mitgliederversammlung hat ihnen die Teilnahme gestattet, mindestens dadurch, dass sich kein Widerspruch gegen ihre Teilnahme erhebt. Du wirst das besser verstehen, wenn ich Dir ein Beispiel sage. Nimm an der Kommunist Ehm geht nach Salzburg und dort in die Mitgliederversammlung der Salzburger Organisation. Wenn die Salzburger Organisation dagegen keinen Einspruch erhebt, so ist dagegen gar nichts einzuwenden. Und wenn dann der Kommunist Ehm an der Debatte teilnimmt, sei es auch an der Debatte über den Bericht zum Parteitag) so ist auch dagegen von irgendwelchen Standpunkte des Statutes nichts einzuwenden.

Vielleicht wichtiger aber erscheint mir deine Bewertung der Linzer Genossen. Meine Meinung darüber ist folgende: Ich halte Psehierer, Matis, Werabacher und Verovsek für gute, und was das wichtige ist, für aktive Genossen. Ich habe dieselbe Meinung aber auch über den Genossen Cepek. Es wäre möglich, dass persönliche Reibereien zwischen beiden Teilen herrschen, davon weiss ich gar nichts. Mein Hauptindruck aber ist dera Es sind die Linzer Genossen von einer besonderen Schwerfälligkeit. Fühlen sie dass ihnen Unrecht geschieht dann wehren sie sich, haben aber nicht die nötige statutarische Form zu wählen. Und an

da, leider wird es von Tessa so angewendet. Die Zahl unserer aktiven Genossen ist nicht so gross, das wir Anlass haben so gute Genossen wegzustossen. Nicht dadurch dass man Pschierer und Genossen sowie Cepek eliminiert sondern dadurch dass man die Streitenden zusammen führt, so bringt man die Lokalorganisation weiter. Und wenn schon die die Parteileitung diesen richtigen Weg nicht beschreitet, eben weil Pschierer mit uns sympatisiert, Cepek aber nicht, so müssen wir auf die Versöhnung der Linzer Genossen hinarbeiten-- im Interesse der Partei. Solche mechanische Mittel wie Ausschlüsse, Suspendierungen darf man nur anwenden, wenn alle anderen Mittel versagt haben. Es würde mich sehr freuen, wenn es mir gelänge sein sollte, Dich zu meiner Auffassung zu überzeugen und wenn nun auch Du helfen würdest, die Versöhnung der Linzer Genossen ~~zur~~ zustande zu bringen.

Ich hätte Dir vieles zu berichten. Seit dem Wiener Landesparteitag hat sich eine Fülle in der Partei zugetragen, aber ich habe leider keine Zeit, noch zwei Tage und ich reise nach Moskau zur erweiterten Exekutive. Selbstverständlich werde ich Dir nach meiner Rückkehr über das Ergebnis berichten, Bis dahin

mit kommunistischen Gruss

dein

Grüsse mir die Oberösterreichischen Genossen,
insbesondere aber die Genossen aus Steyr!

Wien, den 5. Juni 1923

Werter Genosse Frey !

Aus bestimmten Gründen sehe ich mich veranlasst, Ihnen die beiliegende Tabelle mit dem Ersuchen zu übermitteln, diese bei Gelegenheit Ihrer Reise zur Sitzung der erweiterten Exekutive an kompetenter Stelle vorzulegen.

Folgende Tatsachen, die sich aus den Tabellen ergeben, empfehle ich der besonderen Beachtung. Die tägliche Auflage der Zeitung, die Ende des vorigen Jahres noch über 10 000 betragen hat, ist im April auf 9000 und im Mai auf 8400 zurückgegangen. Zum Teil sind die Rückgänge auf die bis im Monat März anwachsende Arbeitslosigkeit zurückzuführen, zum anderen Teil auf Mangel in der Administration, insbesondere gänzliche Vernachlässigung des Mahnwesens, wodurch sich bei den Abonnenten und Betriebskolporteurs so grosse Schuldsummen ansammeln, dass sie nicht mehr beglichen werden können.

In noch grösserem Masse als die Auflage ist die Anzahl derjenigen Blätter zurückgegangen, die wirklich bezahlt werden. Während im Oktober 92 Millionen Kronen eingegangen sind, sind im April nur noch 52 Millionen eingegangen, das entspricht einem Betrage von 4500 Abonnements. Im umgekehrten Verhältnis sind die Summen der sogenannten Aussenstände ständig gewachsen, sie betragen trotz grosser Abschreibungen für angeblich uneinbringliche Aussenstände im April 60 Millionen.

Ueber diese Aussenstände ist bis vor kurzem nie eine separate Aufstellung zu erhalten gewesen. Erst nach monatelangem Drängen und nachdem ich mich sowohl an den Parteivorstand, wie auch an die Reichsrevisionskommission und an den Genossen Landler gewendet habe, erhalte ich Angaben über einen Teil der Aussenstände, die vollkommen unzureichend sind. Insbesondere diese Tatsache veranlasst mich, da meine bisherigen Bemühungen erfolglos waren, die Aufmerksamkeit der kompetentesten Stelle darauf zu lenken, dass zumindest aus unbegreiflicher Schlamperei und Interesselosigkeit grosse Summen, von denen bei geordneter Geschäftsführung sicher der grösste Teileinzutreiben wäre, der Partei verloren gehen. Nach meiner 20 jährigen Tätigkeit in bürgerlichen Betrieben darf ich wohl behaupten, dass ein Angestellter, wie der Genosse Faulik, der seit zwei Jahren

mit seinem Posten betraut ist und die Aussenstände anwachsen liess ohne sich um sie zu kümmern, und der auf mein Ersuchen, über diese Aussenstände eine Aufstellung zu machen, geantwortet hat, er habe zu statistischen Arbeiten keine Zeit, dass ein Angestellter von so horrender Interesselosigkeit in einem bürgerlichen Betrieb ganz unmöglich wäre. Allerdings hatte ich auch den sogenannten Presseleiter, Genossen Schlesinger, seit Monaten ständig auf diese wunde Stelle im Betrieb aufmerksam gemacht, ohne die nötige Unterstützung in dieser Sache bei ihm zu finden.

Die Unterbilanz könnte sich um ein ganz beträchtliches verringern, wenn an Stelle einzelner unfähiger Angestellter administrativ vollwertige Kräfte in der Verwaltung des Blattes tätig wären, die imstande wäre die Verbreitung des Blattes zu steigern.

Ich habe mich für verpflichtet gehalten, auf diese Punkte besonders hinzuweisen, weil mir eine radikale und rasche Behebung dieser Unzulänglichkeiten im Interesse der Zeitung dringend geboten erscheint.

Mit kommunistischem Gruss

Elise Körner

Buchhalterin.

Wien, 21. Juni 1923.

An den

Parteivorstand der Kommunistischen Partei
Österreichs.

W i e n .

Karte Genossen !

Das Arbeitskomitee der Soldatengruppe hat sich nach dem Parteitag an den neugewählten Parteivorstand gewandt und ihm auf Grund der verheerenden reaktionären Entwicklung innerhalb der Wehrmacht seit dem Abschluss des Genfer Vertrages, die Lage der Soldatengruppe, die Gefahren in Falle einer weiteren Rechtsentwicklung für das Proletariat und die Aufgaben der Partei nach seiner Auffassung erklärt. Im Laufe einiger Besprechungen hat das Politische Büro des Parteivorstandes die Auffassung der Genossen des Arbeitskomitees unterstrichen und insbesondere die Vorschläge, soweit sie sich auf die Tätigkeit der Partei beziehen, angenommen.

Nach den Vorschlägen des Arbeitskomitees sollte die Partei die Initiative zu einer Aktion auf Grundlage der Einheitsfront gegen die unter dem Schlagworte der "Indigenisierung in Durchführung begriffene Unterproletarisierung der Wehrmacht führen und durch eine breit angelegte Agitation (große Teile der Arbeiterschaft in den Kampf für die Wehrmacht ziehen.

Die erste Arbeit die auf Grund der Besprechungen des Arbeitskomitees mit dem Parteivorstand in Angriff zu nehmen war, war die Veranstaltung von Bezirksversammlungen, in denen die Frage der Wehrmacht auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte. Diese Bezirksversammlungen fanden auch tatsächlich in der Woche vom 12.-20. März d. J. statt, aber die Wehrmachtsfrage wurde nicht genügend behandelt. Die Referenten waren angewiesen zugleich über die Wehrmachtstauer und über die Reaktion in der Wehrmacht zu sprechen und es ist selbstverständlich, dass durch diese selbständigen Besprechungen gerade das erreicht werden konnte was in unserer Partei lag. Statt unsere Mitgliedschaft über die unheimliche Bedeutung der Wehrmachtsfrage in geschwätigen Momenten endlich aufzuklären, wurde der Eindruck erweckt, dass es sich um eine kleine, lebenswichtigen Bedeutung handelt. Umso mehr, als bei diesen Bezirksversammlungen seitens der Partei auch nicht eine Referenz der Soldatengruppe herangezogen wurde, die doch in diesem Fragen im besten informiert sind.

Die im März von Verbänden der kommunistischen Proletarierjugend in die Volkshalle des neuen Wiener Rathhauses einberufene Massenversammlung gegen Kriegsgewalt, Wahrgewalt, politisches und wirtschaftliche Reaktion und Weltfaschismus, in der ein Vertreter der Soldatengruppe sprach, hat uns gezeigt, wie leicht das Interesse der Arbeiterschaft an den Problemen der Wehrmacht erweckt werden kann, aber auch wie wenig die Arbeiterschaft über die Vorgänge in der Wehrmacht informiert ist.

In der Folge unserer Besprechungen wurde auf Grund der neuerlichen Verschärfung der Situation innerhalb der Wehrmacht — politische Inflation des Heeresministeriums, Wehrgesetznovelle, Abschaffung der Soldatenräte, Änderungen im Zivilkommissariat u. s. w. — über unserem Antrag beschlossen, in allen Lokalkommissionen als Versammlungen mit dem Thema: "Die Reaktion in der Wehrmacht" zu veranstalten und als Referenten Genossen der Soldatengruppe heranzuziehen. Nach diesen Bezirksversammlungen sollten zwei große Massenversammlungen veranstaltet werden. Außerdem wurde beschlossen eine ständige Fabrik in der "Soldatenfabrik" einzuführen, in der die Vorgänge in der Kaserne täglich besprochen werden.

Auch hier erfolgte die Durchführung absolut nicht in der besprochenen Form. In der Woche vom 12.-22. April sollte auf die

Tagessordnung aller Lokalorganisationen das Thema: Die Reaktion in der Wehrmacht und die Arbeiterschaft angesetzt werden. Von den 21 Wiener Bezirken geschah dies jedoch nur in 7. In drei von diesen 7 Lokalorganisationen wurden wiederum auch andere Themen auf die Tagessordnung gesetzt, d.h. die Wehrmachtsfrage erst an zweiter Stelle behandelt, statt ihrer Wichtigkeit entsprechend wenigstens in dieser Form als einziger Tagesordnungspunkt behandelt zu werden. Es wurde also in der Woche vom 16.- 22. April lediglich in 4 Wiener Lokalorganisationen gemäss der getroffenen Vereinbarung die Wehrmachtsfrage entsprechend behandelt. In der darauffolgenden Woche wurde in noch 2 Wiener Lokalorganisationen und in einer niederösterreichischen Lokalorganisation die Wehrmachtsfrage behandelt. Diese wenigen Bezirksversammlungen haben uns neuerlich gezeigt, wie notwendig es ist die Arbeiterschaft über die Vorgänge in der Wehrmacht aufzuklären.

Die zwei Massenversammlungen die in der Folge stattfanden hätten bei einer besseren Vorbereitung, insbesondere der Veranstaltung im zehnten Bezirk zu einem besseren Resultate geführt. Die Referenten sprachen in beiden Versammlungen an erster Stelle Genossen der Soldatenprogramme und an zweiter Stelle Genossen der Partei.

In der Versammlung im zehnten Bezirk sprach Gen. Prodnig, Wiener Sekretär, als Vertreter der Partei. Sein Referat, das eine kollektive Urteilsbildung über die Verhältnisse in der Wehrmacht und deren Bedeutung für das Proletariat zeigte, schloss er mit den Worten: „Wegen der Introlitisierung der Wehrmacht, die Selbstschutzorganisationen der Proletarier entgegenzusetzen werden müssen, muss mit jedem Schritt der weiteren Introlitisierung der Wehrmacht, neue proletarische Selbstschutzorganisationen eingetrotzen werden.“ Diese Ausführungen des Gen. Prodnig, die wir übrigens in ähnlicher Form bereits einmal in einem „Noten Fahn“ vom 27.3. d.J. fanden, sind in verschiedenen Konferenzen des Militär-Vereins von hohen Funktionären unserer Genossen, sofort wie ein aktives Vergehen der Arbeiterschaft in der Wehrmachtsfrage forderten, entgegengehalten worden, denn auch die Sozialdemokratie hat den Kampf um die Wehrmacht bereits völlig aufgegeben, dies als Parole in einer Versammlung her ausgegeben, die gerade zum Kampf für die „Erhaltung des proletarischen Charakters der Wehrmacht“ einberufen wurde, kann also, wenn sie überhaupt eine, so nur die Bedeutung haben, in der Wehrmachtsfrage die Platte ins Horn zu werfen und statt zum Kampf aufzurufen, den Kampf um die „Erhaltung des proletarischen Charakters der Wehrmacht“ von vornherein aufzugeben. In diesen Ausführungen des Gen. Prodnig sehen wir nur einen Teil der vollkommen falschen und in ihren Konsequenzen antirevolutionären Auffassung, die in Kreisen der höheren Parteifunktionäre in dieser Frage herrscht. Ausserdem wurde es unterlassen in der „Noten Fahn“ einen Bericht über diese beiden Massenversammlungen zu veröffentlichen. Lediglich am 27. April, also drei Tage später, finden wir die in der Versammlung im Hernalser Brunnhaus angenommene Resolution unter dem Titel: „Für den Betriebsrätekongress“ veröffentlicht, wodurch der eigentliche Zweck der Resolution, die Aufforderung zum Kampf für die Wehrmacht nicht zum Ausdruck kam.

Die Verwirklichung des Beschlusses eine ständige Rubrik „Aus den Kasernen“ in der „Noten Fahn“ zu führen stiess immer wieder auf Schwierigkeiten von Seiten der Redaktion der „Noten Fahn“. Erst am 13. Mai wurde diese Rubrik das erste Mal gebracht. Trotz wiederholter Urgeizen und obwohl das nötige Material von uns der Redaktion übermittelt wurde, trat dann eine neuerliche Pause bis zum 24. Mai (10 Tage) ein. Erst von diesem Tage an wurde die Rubrik ständig geführt.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht unerwähnt lassen, dass die Behandlung der Lehrschaffensnovelle, die einschneidende Änderungen im Zivilkassensystem brachte, den Kamerad Soldatenräte abschaffte und ihre Stelle Personalassessoren setzte und deren Rechte derart begrenzte, dass dies praktisch das Ende der Vertretermänner bedeutete — in der „Noten Fahn“, trotzdem wir uns bezüglich Material rechtzeitig der Redaktion übermittelten, viel zu spät und in absolut unzulänglicher Form erfolgte. Von der ungemein wichtigen

Frage der Weiterverpflichtung, wo es sich um die Entfernung von 7000 der besten proletarischen, vorwiegend aus der Zeit der Volkwehr herstammenden Wehrmänner handelt, wurde überhaupt keine Feitsitz genommen.

Hier muss auch auf die Behandlung die dem Vertreter der Soldatenarmee auf dem am 14/15. April d. J. stattgefundenen Wiener Landesparteitag zu teil wurde indem die wichtige Frage der Wehrmacht damit erledigt wurde, dass ein führender Genosse den Antrag einbrachte unseren Vertreter die Redezeit auf 20 Minuten - zu kürzen und gleichzeitig beantragte dass einem anderen Parteigenossen zu rein persönlichen Angelegenheiten eine Redezeit von 20 Minuten zu gewähren. Leider hat dieser Antrag die Majorität des Landesparteitages gewonnen.

Von demselben Einstellung der Partei zeugt auch die Tatsache, dass in allen ihren Aufrufen die in der Zeit vom März d. J. an der reaktionären Entwicklung in der Wehrmacht nicht entsprechend Rechnung getragen wurde. So im Aufruf zu der am 18. März d. J. vom Verband der Komm. proletarischer Jugend Oesterr. einberufenen Massenversammlung wo in dem üblichen Schema von Verstärken der Reaktion in der Wehrmacht gebraucht wird ohne irgendwelche konkrete Massnahmen anzusetzen. Das gleiche im Aufruf vom 23. März, vom 14. April zu der am 16. April stattgefundenen Massenkrandgebung und ebenso in den Aufrufen zum 1. Mai. - In offener Brief an die Gewerkschaftskommission weist man zu dieser Frage nichts anderes zu sagen als den Gemeinplatz: - Die republikanische Wehrmacht, das Bundesheer, wird in ein monarchistisch orientierte weisse Garde umgewandelt. Kommt 1. Mai die Aristokraten des Proletariat wehrlos machen und mit allen Mitteln niederschlagen wollen, um die Profiteure des Kapitals zu erhöhen, und in den Schlussworten wird überhaupt zur Wehrmacht keine Stellung genommen.

Auf Grund unserer Auffassung in Bezug auf die Bedeutung der Antiproletarisierung der Wehrmacht für das gesamte Proletariat und auf Grund der geringen Aktivität der Partei in dieser Frage, haben wir uns neuerlich an den Parteivorstand gewandt und nach einer kurzen Aussprache mit dem Gen. Lehmann und Gerthelm schriftlich unsere Vorstellungen übermittelt. Die Beschlüsse vom 11. d. J. unsere Vorstellungen gütlichen darin, die Diskussion über den Namen der Partei hinauszutragen. Genaue drei Wochen nach Beantwortung der Vorschläge hat das politische Büro des Parteivorstandes nach unserer Urgenz uns verständigt, dass es notwendig sei über die praktische Durchführung eine feyerliche Besprechung abzuhalten.

In dieser Konferenz die einen Tag später stattfand nahm Gen. Gerthelm einen Standpunkt ein der uns zeigte, dass der Parteivorstand sich über die Bedeutung der Wehrmachtsfrage ~~unzureichend~~ in gegenwärtigen Moment nach wie vor im unklaren ist. Wiederrum sollte die Wehrmachtsfrage als Teil einer anderen Aktion/Behandelt werden und dadurch auf dem Höhepunkt dieser Aktionen herabgedrückt werden die die Partei seit dem offenen Brief an die Gewerkschaftskommission führt und die keine Aktionen sind, weil sie eben niemals über den engen Kreis unserer Parteimitglieder hinausgehen.

Von den von uns geforderten und beschlossenen zwei Konferenzen - Obmannerkonferenz unter Hinzuziehung der Gewerkschaftsprofessoren und Konferenz der Vertrauensmänner der Sp. Blocks - hat bisher nur die Obmannerkonferenz stattgefunden. Diese war nur von 8 Bezirken besetzt und hat uns gezeigt, dass die hervorragendsten Parteifunktionäre bis heute die Bedeutung der Entwicklung der Reaktion in der Wehrmacht gerade im gegenwärtigen Moment nicht begriffen haben. Die zweite Konferenz, trotzdem sie gleich darauf hätte stattfinden sollen hat bis heute nicht stattgefunden, was von Gen. Gerthelm mit der wiederum charakteristischen Erklärung begründet wurde, dass die Partei infolge der stattfindenden Gewerkschaftsversammlungen nicht die Möglichkeit habe diese abzuhalten und erst im Laufe der nächsten Woche stattfinden wird.

Wir stellen also fest, dass der Parteivorstand sich durchaus nicht im klaren ist, dass der Kampf gegen die Reaktion in Oesterreich im gegenwärtigen Zeitpunkte vor allem im Kampf gegen

die reaktionäre Entwicklung Bestrebungen innerhalb der Wehrmacht seinen Ausdruck finden muss. Gerade innerhalb der Wehrmacht ist es, wo die Regierung alle Kräfte ihrer reaktionären Politik-konzentriert hat, Deshalb verlangen wir von der Partei die Initiative zu einer breit angelegten Aktion gegen die Entproletarisierung der Wehrmacht ergriffen wird. Im Rahmen dieser Aktion soll

- 1) eine Flugschrift in Massenaufgabe an die österreichischen Arbeiter herausgegeben werden.
- 2) soll von der Partei eine Agitation über den Rahmen der Partei hinaus, in den Betrieben entfaltet werden und zwar in der Art, dass diese uns die Gewähr bietet, dass die Sozialdemokratische Partei wenn wir im gegebenen Moment an sie herantreten, unter dem Druck der Massen und der bevorstehenden Kohlen- der einheitlichen Kampffront mit uns nicht ausweichen kann.
- 3) sind die Parteimitglieder im hohen Ausmasse in den Dienst des Kampfes der Wehrmänner gegen die Reaktion in den Kasernen zu stellen.

Für wenn es gelingt das gesamte Proletariat zum Kampfe gegen die Entproletarisierung der Wehrmacht aufzurütteln ist es möglich eine Entwicklung der Reaktion aufzuhalten die von den fürchtbarsten Folgen für das österreichische Proletariat sein kann. Dabei schon wir ab von den Folgen die eine Inaktivität der kommunistischen Partei für die Stellung unserer Genossen in der Wehrmacht hat. Massnahmen denen schon jetzt verprovoked wird, dass die kommunistische Partei ebenbürtig gegen die Reaktion in der Wehrmacht unternimmt, als die Sozialdemokratische Partei.

Dem Arbeitkomitee der Soldatenrunde erwartet, dass der Parteivorstand sich mit diesen Fragen eingehend beschäftigen und zu diesem Zwecke in der nächsten Zeit eine gemeinsame Sitzung mit dem Arbeitkomitee einberuft.

Mit kommunistischen Gruss

Im Auftrage des ARBEITSKOMITEES
der Soldatenrunde
der KOMMUNISTISCHEN KAMPF ORG.
Der Sekretär :

Wien, 22. Juni 1923.

An das

Zweiterte Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationalen,

Moskau.

Werte Genossen!

Die Durchführung des Genfer Vertrages und das Scheitern der reaktionären Buchbarländer Bayern, Jugoslawien und Italien hat in Oesterreich eine Hochflut der Reaktion ausgelöst; die Bourgeoisie führt ihren Klassenkampf in der energischsten Weise und während sie sich unter allen möglichen Formen durch aufstellung von Wehr-, Frontkämpferorganisationen und Sabotagekreuzer rüstet, geht sie daran alle Mächteorganisationen des Proletariats zu vernichten. In diesem Sinne konzentriert die christlichsoziale Regierung, als das Exekutivorgan des reaktionärsten Flügel der Bourgeoisie, in der letzten Zeit ihre Kräfte auf die völlige Beseitigung des proletarischen Charakters der Wehrmacht, die, obwohl seit Jahren in immer geringem Masse, doch noch wenigstens in dem Sinne als ein Mächteinstrument des Proletariats bisher angesehen werden musste, als sie, infolge ihrer revolutionären Tradition für die Bourgeoisie unzuverlässig, das Proletariat wiederholt vor Vorstößen der Bourgeoisie bewahrt hat. Wir erinnern daran, dass es in Oesterreich bisher noch nicht möglich war, Wehrmacht gegen streikende Arbeiter zu verwenden, so wenig es der Arbeiterschaft bisher bei allen grossen Streiks in lebenswichtigen Betrieben möglich, die Betriebe und Objekte in ihren Händen zu behalten und so das Einsetzen von Streikbrecherorganisationen und technischer Beihilfe zu verhindern. In letzten grossen Eisenbahnstreik lernte infolge des offenen entgegengetretenen proletarischen Solidaritätsgefühles der Wehrmannschaft, trotz aller Lehmannen der Regierung und der bereits erlassenen Anweisungen des Reichsministeriums, die Wehrmacht nicht zum Besetzen der Bahnhöfe verwendet werden und dass in den Händen der Streikenden bleiben, was auf den Ausgang des Streikes von entscheidendem Einfluss war!

Die jüngste Entwicklung droht dieses Verhältnis zu Ungunsten des Proletariats völlig zu ändern. Durch entsprechende Revolverung des an sich schon reaktionären Wehrgesetzes, durch schamlose Anwendung des Klassenjustiz gegenüber Wehrmännern, wird der proletarische Widerstand in der Wehrmacht immer mehr erschrocken, eine stilles Herrschaft monarchistischer, kaiserlich-offizier greift Platz und durch Neuarrangements werden auch unter der Wehrmannschaft gefügige Werkzeuge geschaffen. Die sozialdemokratische und der von Sozialdemokraten geleitete Militärverband weicht vor dieser Entwicklung keiflos Schritt für Schritt zurück. Der überwiegenden Mehrheit der Wehrmänner hat sich infolgedessen eine Stimmung der Hoffnungslosigkeit bemächtigt. Die Soldatengruppe der Kommunistischen Partei Oesterreichs, die bisher in stande war, zumindestens noch österreichischen Verhältnissen gemessen, recht erfolgreiche Erfolge in der Wehrmacht zu erzielen und eine Zahlengemässer zu schaffen und straffe kommunistische Organisation der Wehrmänner zu schaffen, ist als einzelne Gruppe nicht mehr in stande diese Entwicklung aufzuhalten. Die Soldatengruppe der kommunistischen Partei Oesterreichs ist der Meinung, dass es im gegenwärtigen Momente die dringlichste Aufgabe der Kom. Partei Oesterreichs, die reaktionäre Entwicklung, durch die das gesamte Proletariat Oesterreichs bedroht wird, mit allen Kräfte entgegenzutreten, besonders als, so stark auch die Reaktion in Oesterreich geworden ist, es

doch in internationalen Masstab gemessen bei uns noch immer leichter als in jedem anderen Lande möglich ist, in revolutionären Kämpfen unter den belagerten mit Erfolg zu arbeiten.

Trotz dieser Tatsache und obwohl gerade bei uns in Oesterreich der allgemeine Aufstieg der Reaktion auf das Höchste mit der reaktionären Entwicklung in der Wehrmacht voranschreitet und von ihr völlig abhängig ist, obwohl alle anderen Kämpfe der Arbeiterschaft, sei es um den Lichtstempeltag, sei es um die Erhaltung des gemeinsamen Reallohnes, sei es um irgendwelche andere sozialpolitischen Forderungen, abhängig sind vom Ausgange dieses Kampfes um die Wehrmacht, hat sich unsere Partei in ihrem Kampfe gegen die Reaktion nicht entschließen können den reaktionären Vorstößen in der Wehrmacht energisch entgegenzutreten und dadurch der gesamten reaktionären Entwicklung ihre stärkste Lichtposition zu räumen. Wenn die Komm. Partei Oe. die Initiative in diesem Kampfe ergreifen würde, so leistete sie nicht nur der proletarischen Sache in Oesterreich den wichtigsten Dienst, sondern sie würde zugleich Instände sein, weit über den Parteirahmen hinaus Arbeitermassen unter ihrer Führg zu sammeln, den Geist des Widerstandes in der Wehrmacht selbst wieder aufzurichten und besonders unter dem Einfluss der bevorstehenden Wahlen und unter dem Druck der Arbeiterschaft auch die Sozialdemokratische Partei zum gemeinsamen Kampfe zu zwingen. Um erscheint die Stellung der Reaktion in der Wehrmacht nicht nur als der Kernpunkt der allgemeinen Reaktion in Oesterreich und als die Voraussetzung jeder weiteren reaktionären Entwicklung, sondern auch zugleich als die Stelle in der reaktionären Front, die am leichtesten anzugreifen wäre, wenn nur eine proletarische Partei den Initiativen Willen des österr. Proletariats konkrete Ziele und Wege weisen würde. Eine solche Solidarität der Tat unter der Arbeiterschaft würde natürlich auch von größtem Einfluss auf die Kampfkraft der Wehrkämpfer selbst sein.

Die Sozialdemokratie weicht diesem Kampfe aus und begnügt sich mit Erfolg die Wichtigkeit des ganzen Komplexes der Wehrmachtsfrage vor dem Proletariat zu verharmlosen und unterstellt damit parallel oder sogar vollständig die Besichten der christlichsozialen Regierung. Durch die Untätigkeit der Komm. Partei Oe. auf diesem Gebiete, würden auch wir uns hier zum Mitschuldigen machen.

Leider ist, wie aus beiliegenden Briefe der Soldatengruppe an den Parteivorstand der K.Ö.G. hervorgeht, bisher auch von der Komm. Partei Oe. hier noch alles unterlassen worden. Bei der zunehmenden Wichtigkeit, die diese Frage für das Schicksal des österr. Proletariats nach unserer Meinung hat, erachten wir es für unsere Pflicht, die erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationalen zu bitten, sich bei der Behandlung der österreichischen Frage auch mit den hier angeschnittenen Problemen zu beschäftigen und der künftigen Politik der Partei auf diesem Gebiete eine Richtschnur zu geben.

Mit kommunistischen Gruss

Beilagen: Brief an K.V.

Bericht an K.V. samt Beilagen

Das Politische Büro der Soldatengruppe der K.Ö.G.

Werter Genosse.

Vor etwa 3 Wochen richteten Sie einen Brief an die revolutionären Bergarbeiter in Grünbach. /Oesterreich/. Die revolutionären Bergarbeiter von Grünbach haben dieses Schreiben beantwortet und mich als Delegierten bei der erweiterten Exekutive der Komintern ersucht über den Inhalt dieses Schreibens mit Ihnen zu sprechen. Da ich Sie in Moskau nicht angetroffen habe, so will ich den Kernpunkt brieflich herausarbeiten: Seit 8 Monaten drängen die revolutionären Bergarbeiter von Grünbach auf die Gründung eines revolutionären Bergarbeiter-Blocks in Oesterreich. Bisher ohne Erfolg. So wird eine Bergarbeitergruppe nach der andern isoliert, von den Unternehmern angegriffen und kann dann selbstverständlich diesen Angriffen nur schwer widerstehen. Die Grünbacher revolutionären Bergarbeiter haben das Gefühl, dass der revolutionäre Gewerkschaftsrat in Oesterreich infolge der in der KPOE. bestehenden Parteidifferenzen gezögert hat, und noch immer zögert den revolutionären Bergarbeiter-Block zu gründen. Die revolutionären Bergarbeiter von Grünbach sind der Auffassung, dass ~~allzuankommt~~ mit dieser Verzögerungstaktik die parteifraktionellen Motiven entsprungener ist, Schluss gemacht werden und unverzüglich an die Gründung des revolutionären Bergarbeiter-Blocks in Oesterreich geschritten werden muss.

Am besten wäre es, wenn Sie werter Genosse persönlich nach Oesterreich kommen würden, um diese Angelegenheit rasch in die Wege zu leiten. Dabei wäre eine persönliche Rücksprache auch mit den führenden Genossen der revolutionären Bergarbeiter in Grünbach notwendig.

Sollten Sie jedoch, sei es persönlich, oder wenigstens durch einen bevollmächtigten Stellvertreter nicht abkommen können, dann würde sich empfehlen, ein Schreiben an den revolutionären Gewerkschaftsrat in Oesterreich zu richten mit dem brüderlichen Rat und der Ermahnung raschestens den revolutionären Bergarbeiter-Block in Oesterreich zu gründen unter Hinanstellung aller in der Partei etwa herrschenden Parteidif-

ferenzen . Eine Kopie dieses Sendschreibens wäre gut dem Zentralkomitee der KPOE. zu übersenden und eine weitere Kopie an die revolutionären Bergarbeiter in Grünbach .D

Die Angelegenheit ist/ usserst dringend . Nun haben schon die Steiermärkischen Bergarbeiter eine Niederlage erlitten , die Brünbacher stehen mitten im Kampfe ,isoliert unter den schwersten Bedingungen und in nicht allzulanger Zeit werden die Unternehmer ihren Angriff gegen die Ober-Oesterreichischen Bergarbeiter richten. Der reformistische Bergarbeiterverband in Oesterreich versagt vollkommen. Nur die Zusammenfassung der revolutionären Bergarbeiter zu einem revolutionären Block kann die Widerstandskraft der österreichischen Bergarbeiter haben.

Indem ich Sie werter Genosse im Auftrage der revolutionären Bergarbeiter von Grünbach um baldige möglichst persönliche Erledigung bitte, bleib ist

mit Kommunistischem Gruss

Ihr

Delegierter bei der erweiterten Exekutive bei der
Komintern.